

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung des Königreichs Belgien,
der Regierung der Französischen Republik
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums
der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet**

A. Problem und Ziel

Seit Anfang 2003 arbeiten Polizei- und Zollbehörden von Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg in einer Gemeinsamen Stelle in Luxemburg-Stadt auf der Grundlage des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) sowie verschiedener bi- und multilateraler Abkommen zusammen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind der Informationsaustausch sowie die Unterstützung grenzüberschreitender Ermittlungen und Einsätze. Am 24. Oktober 2008 haben die beteiligten Staaten ein Übereinkommen gezeichnet, um für alle Beteiligten eine einheitliche rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit und damit Rechtsklarheit und -sicherheit zu schaffen. Kernelemente des Übereinkommens sind

- die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums für die Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg,
- die Festlegung der grenzregionalen Zuständigkeiten, Aufgaben und Befugnisse sowie der Stellen, die Bedienstete in das Zentrum entsenden (Entsendebehörden),

Fristablauf: 24. 09. 10

- datenschutzrechtliche Regelungen zur Einrichtung eines gemeinsamen Tagebuchs sowie
- Regelungen zu Organisation, Ausstattung und Ausgaben des Zentrums.

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung in der Form eines Bundesgesetzes.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Das Übereinkommen sieht auf deutscher Seite eine Beteiligung der Bundespolizei, der Bundeszollverwaltung, der Landespolizeien Rheinland-Pfalz und Saarland sowie bei Bedarf des Bundeskriminalamts an dem Gemeinsamen Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit vor. Da das Zentrum seit 2003 in Betrieb ist, fallen bereits jetzt jährliche Personalkosten bei der Bundespolizei in Höhe von 140 000 Euro, bei der Landespolizei Rheinland-Pfalz in Höhe von 110 000 Euro sowie bei der Polizei des Saarlandes in Höhe von 67 000 Euro an. Das Inkrafttreten des Übereinkommens ändert hieran nichts.

Die Zollverwaltung konnte sich bisher wegen einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht am Gemeinsamen Zentrum beteiligen. Auf Grundlage des Übereinkommens wird dies künftig möglich sein. Hierfür werden bei ihr jährliche Personalkosten in Höhe von ca. 100 000 Euro anfallen, die im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze aufgefangen werden.

Für Deutschland sind an weiteren laufenden Kosten des Zentrums jährlich ca. 22 000 Euro zu tragen. Auch diese Kosten fallen bereits jetzt an und werden vom Bund zu 50 Prozent und von den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland zu je 25 Prozent getragen.

2. Vollzugsaufwand

Die nach Artikel 15 des Übereinkommens möglichen Evaluierungen des Gemeinsamen Zentrums können geringfügigen Vollzugsaufwand bewirken.

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Bürokratiekosten

Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens werden zwölf neue Informationspflichten für die Verwaltung geschaffen.

13. 08. 10

In

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung des Königreichs Belgien,
der Regierung der Französischen Republik
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums
der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 13. August 2010

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigelegt.

Dr. Angela Merkel

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung des Königreichs Belgien,
der Regierung der Französischen Republik
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg
zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums
der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 24. Oktober 2008 unterzeichneten Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen vom 24. Oktober 2008 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 74 Absatz 2, 1 Nummer 25 des Grundgesetzes erforderlich, da Artikel 4 Absatz 7 des Übereinkommens in Verbindung mit Artikel 116 des Schengener Durchführungsübereinkommens eine Regelung zur Staatshaftung trifft.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 17 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Übereinkommen sieht auf deutscher Seite eine Beteiligung der Bundespolizei, der Bundeszollverwaltung, der Landespolizeien Rheinland-Pfalz und Saarland sowie bei Bedarf des Bundeskriminalamts an dem Gemeinsamen Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit vor. Da das Zentrum seit 2003 in Betrieb ist, fallen bereits jetzt jährliche Personalkosten bei der Bundespolizei in Höhe von 140 000 Euro, bei der Landespolizei Rheinland-Pfalz in Höhe von 110 000 Euro sowie bei der Polizei des Saarlandes in Höhe von 67 000 Euro an. Das Inkrafttreten des Übereinkommens ändert hieran nichts.

Die Zollverwaltung konnte sich bisher wegen einer fehlenden Rechtsgrundlage nicht am Gemeinsamen Zentrum beteiligen. Auf Grundlage des Übereinkommens wird dies künftig möglich sein. Hierfür werden bei ihr jährliche Personalkosten in Höhe von ca. 100 000 Euro anfallen, die im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze aufgefangen werden.

Sollten die Öffnungszeiten des Zentrums, die derzeit Montag bis Freitag zwischen 8:00 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 Uhr und 16:00 Uhr liegen, verlängert werden, so könnte dies Personalmehrbedarf bewirken, der auch zu höheren Kosten für die öffentlichen Haushalte führen könnte. Eine Änderung des Übereinkommens oder des Vertragsgesetzes wäre für eine solche Maßnahme nicht erforderlich.

Für Deutschland sind an weiteren laufenden Kosten des Zentrums jährlich ca. 22 000 Euro zu tragen. Auch diese Kosten fallen bereits jetzt an und werden vom Bund zu 50 Prozent und von den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland zu je 25 Prozent getragen.

Die nach Artikel 15 des Übereinkommens möglichen Evaluierungen des Gemeinsamen Zentrums können geringfügigen Vollzugsaufwand bewirken.

Durch die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Abkommens sind keine höheren sonstigen Kosten, insbesondere nicht für die Wirtschaft, zu erwarten. Ebenfalls sind keine Auswirkungen auf Einzelpreise, auf das Preisniveau sowie auf die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erwarten.

Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens werden zwölf neue Informationspflichten für die Verwaltung geschaffen. Durch Artikel 2 Absatz 3, Artikel 3 Absatz 2, Artikel 4 Absatz 1, 3 und 4, Artikel 8 Absatz 1, Artikel 17, 18 sowie 19 des Übereinkommens werden Unterrichtungspflichten für die Vertragsparteien begründet. Für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger werden weder neue Informationspflichten eingeführt noch bestehende Informationspflichten geändert oder aufgehoben.

Unbeabsichtigte Nebenwirkungen des Gesetzes sind nicht zu besorgen. Die Wirkungen des Übereinkommens entsprechen einer nachhaltigen Entwicklung, weil es die Polizei- und Zollzusammenarbeit der Vertragsparteien nachhaltig fördert.

Nach Artikel 15 des Übereinkommens kann auf Ersuchen einer Vertragspartei jederzeit durch eine aus Vertretern der Vertragsparteien bestehende gemeinsame Arbeitsgruppe die Durchführung des Übereinkommens geprüft werden. Eventuell erforderliche Ergänzungen oder Aktualisierungen können so festgestellt werden. Auf diese Weise besteht auch die Möglichkeit jederzeit zu prüfen, ob die beabsichtigten Wirkungen des Übereinkommens erreicht worden sind, ob die entstandenen Kosten in einem angemessenen Verhältnis zu den Ergebnissen stehen und welche Nebenwirkungen eingetreten sind.

Übereinkommen
zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung des Königreichs Belgien,
der Regierung der Französischen Republik
und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums
der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet

Accord
entre
le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,
le Gouvernement du Royaume de Belgique,
le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg,
concernant la mise en place et l'exploitation d'un centre commun
de coopération policière et douanière dans la zone frontalière commune

Akkoord
tussen
de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland,
de Regering van het Koninkrijk België,
de Regering van de Franse Republiek
en de Regering van het Groothertogdom Luxemburg,
betreffende de inwerkingstelling en de exploitatie van een gemeenschappelijk centrum
voor politie- en douanesamenwerking in de gemeenschappelijke grensstreek

Die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland,

die Regierung
des Königreichs Belgien,

die Regierung
der Französischen Republik

und

die Regierung
des Großherzogtums Luxemburg,

– im Folgenden als
„Vertragsparteien“ bezeichnet –

angesichts der im Vertrag über die Europäische Union (geändert durch den Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001), insbesondere in den Artikeln 29 und 30, festgelegten Ziele;

angesichts des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 und der hierzu erlassenen Ausführungsbe-

Le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne,

le Gouvernement
du Royaume de Belgique,

le Gouvernement
de la République française

et

le Gouvernement
du Grand-Duché de Luxembourg,

Ci-après dénommés
les Parties contractantes,

Considérant les objectifs fixés par le Traité sur l'Union européenne (modifié par le Traité de Nice en date du 26 février 2001), en particulier les articles 29 et 30;

Considérant la Convention d'application de l'Accord de Schengen signée le 19 juin 1990 et ses textes de mise en œuvre,

De Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland,

de Regering
van het Koninkrijk België,

de Regering
van de Franse Republiek

en

de Regering
van het Groothertogdom Luxemburg,

Hierna overeenkomstsluitende
Partijen genoemd,

Gelet op de doelstellingen vastgelegd door het Verdrag betreffende de Europese Unie (gewijzigd door het Verdrag van Nice op 26 februari 2001), in het bijzonder de artikelen 29 en 30;

Gelet op de Overeenkomst ter uitvoering van het Akkoord van Schengen, ondertekend op 19 juni 1990, en haar uit-

stimmungen, im Folgenden als „SDÜ“ bezeichnet, sowie des darauf aufbauen- den, in die Europäische Union einbezoge- nen Schengen-Besitzstands;

angesichts des am 18. Dezember 1997 in Brüssel unterzeichneten Übereinkom- mens aufgrund von Artikel K.3 des Ver- trags über die Europäische Union über die gegenseitige Amtshilfe und Zusammen- arbeit der Zollverwaltungen, im Folgenden als „Neapel-II-Übereinkommen“ bezeich- net;

angesichts der zwischen den Vertrags- parteien geschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünfte zur grenz- überschreitenden Zusammenarbeit;

in der Absicht, die in den letzten Jahren in ihren Grenzgebieten aufgenommene Zusammenarbeit zwischen den mit Poli- zei- und Zollaufgaben beauftragten Stellen zu verstärken;

in dem Bestreben, ihre Zusammenarbeit zu verbessern, um in ihren Grenzgebieten eine größere gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten;

in dem Bewusstsein, dass es notwendig ist, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Zuwanderung entgegen- zuwirken, die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von grenzüber- schreitenden Gefahren und Störungen zu gewährleisten, und in dem festen Willen, einen wirksamen Kampf gegen das Ver- brechen zu führen, insbesondere im Bereich des Menschenhandels, der Rauschgiftkriminalität, der Schleusungs- kriminalität und der Eigentumskriminalität –

sind wie folgt übereingekommen:

Titel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien gehen unter Beachtung ihrer jeweiligen Souveränität und der Aufgaben der territorial zustän- digen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden eine grenzüberschreitende Zusammenar- beit zwischen den mit Polizei- und Zollauf- gaben beauftragten Stellen ein durch die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet – im Folgenden als „Gemeinsames Zentrum“ bezeichnet – zur Erleichterung der Koordinierung der Aufgaben auf beiden Seiten der Grenze sowie des Informationsaustausches.

(2) Die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien erfolgt im Rahmen und in

dénommés ci-après CAAS, ainsi que l'acquis de Schengen qui s'appuie sur ceux-ci et qui a été intégré dans l'Union européenne;

Considérant la Convention, établie sur la base de l'article K3 du Traité sur l'Union européenne, relative à l'assistance mutuel- le et à la coopération entre les administra- tions douanières, signée à Bruxelles le 18 décembre 1997, dénommée ci-après «Convention de Naples II»;

Considérant les accords bi- et multi- latéraux de coopération transfrontalière signés entre les Parties contractantes;

Animés de l'intention de renforcer la coopération engagée ces dernières années dans leurs zones frontalières, entre les services chargés de missions de police et de douane;

Désireux d'améliorer leur coopération pour assurer une plus grande sécurité commune dans leurs zones frontalières;

Conscients de la nécessité de faire face à la criminalité transfrontalière et à l'immig- ration illégale, de garantir la sécurité et l'ordre publics par la prévention de mena- ces et de troubles transfrontaliers et déter- minés à mener une lutte efficace contre la criminalité dans les domaines notamment de la traite des êtres humains, de la drogue, des filières d'immigration illégale et de l'atteinte aux biens;

Sont convenus des dispositions suivan- tes:

Titre I^{er}

Dispositions générales

Article 1^{er}

Mise en place d'un centre commun de coopération policière et douanière

1. Les Parties contractantes condui- sent, dans le respect de leur souveraineté respective et des attributions des autorités administratives et judiciaires territoriale- ment compétentes, une coopération transfrontalière entre les services chargés de missions de police et de douane par la mise en place d'un centre commun de coopération policière et douanière dans la zone frontalière commune – dénommé ci-après «centre commun» – pour faciliter la coordination des missions de part et d'autre de la frontière ainsi que l'échange d'informations.

2. La coopération entre les Parties contractantes s'exerce dans le cadre et

voeringsteksten, hierna SUO genoemd, alsook het Schengenacquis dat hierop is gebaseerd en dat in de Europese Unie werd opgenomen;

Gelet op de Overeenkomst opgesteld op grond van artikel K3 van het Verdrag betreffende de Europese Unie inzake wederzijdse bijstand en samenwerking tussen de douaneadministraties, onderte- kend te Brussel op 18 december 1997, hierna «Overeenkomst van Napels II» genoemd;

Gelet op de bi- en multilaterale akkoor- den voor grensoverschrijdende samen- werking ondertekend tussen de overeen- komstsluitende Partijen;

Vervuld van het voornemen om de samenwerking die de laatste jaren in hun grensgebieden tussen de diensten belast met politie- en douaneopdrachten tot stand is gekomen, op te drijven;

Ernaar verlangend om hun samenwer- king te verbeteren om een grotere gemeenschappelijke veiligheid in hun grensgebieden te verzekeren;

Zich bewust van de noodzaak om het hoofd te bieden aan de grensoverschrij- dende criminaliteit en de illegale immigra- tie, om de openbare veiligheid en de open- bare orde te waarborgen door het voorko- men van grensoverschrijdende bedreigin- gen en ongeregeldeheden en vastbesloten om de criminaliteit efficiënt te bestrijden, met name op het vlak van mensenhandel, drugs, mensensmokkel en aantasting van goederen;

Zijn de volgende bepalingen overeen- gekomen:

Titel I

Algemene bepalingen

Artikel 1

Oprichting van een gemeenschappelijk centrum voor politie- en douanesamenwerking

1. De overeenkomstsluitende Partijen leiden, met inachtneming van hun respec- tieve soevereiniteit en de bevoegdheden van de territoriaal bevoegde bestuurlijke en gerechtelijke overheden, een grens- overschrijdende samenwerking tussen de diensten die zijn belast met politie- en douaneopdrachten door de oprichting van een gemeenschappelijk centrum voor poli- tie- en douanesamenwerking in het gemeenschappelijke grensgebied – hierna «gemeenschappelijk centrum» genoemd – om de coördinatie van de opdrachten langs weerszijden van de grens en de informatie-uitwisseling te vergemakelij- ken.

2. De samenwerking tussen de over- eenkomstsluitende Partijen wordt uitgeoe-

den Grenzen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeiten nach Maßgabe der geltenden völkerrechtlichen Übereinkünfte, des Gemeinschaftsrechts und der innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(3) Die grenzüberschreitende Polizei- und Zollzusammenarbeit erfolgt insbesondere unter Beachtung der Bestimmungen des SDÜ und des Neapel-II-Übereinkommens zur Polizei- und Zollzusammenarbeit und der an die nationalen Zentralstellen übertragenen Aufgaben.

(4) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens sind nur anwendbar, soweit sie mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar sind. Werden durch die Europäische Union künftig Regelungen geschaffen, die den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens berühren, so geht das Recht der Europäischen Union den betroffenen Bestimmungen des Übereinkommens hinsichtlich ihrer Anwendung vor. Die Vertragsparteien können die Bestimmungen des Übereinkommens im Hinblick auf die entsprechenden neuen Bestimmungen des Rechts der Europäischen Union ändern oder ersetzen.

(5) Dieses Übereinkommen lässt bestehende oder künftige zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien zur strafrechtlichen Zusammenarbeit, insbesondere über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, unberührt.

(6) Das durch dieses Übereinkommen eingerichtete Gemeinsame Zentrum lässt die Zentren unberührt, die durch das Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, durch das Abkommen vom 5. März 2001 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Königreichs Belgien sowie durch die einschlägigen Bestimmungen des Abkommens vom 15. Oktober 2001 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg eingerichtet wurden.

dans les limites de leurs compétences nationales, conformément aux conventions internationales en vigueur, au droit communautaire et à la législation nationale.

3. La coopération transfrontalière en matière de police et de douane s'exerce notamment dans le respect des stipulations de la CAAS et de la Convention de Naples II relatives à la coopération policière et douanière et des attributions dévolues aux organes centraux nationaux.

4. Les dispositions du présent Accord ne sont applicables que dans la mesure où elles sont compatibles avec le droit de l'Union européenne. Si l'Union européenne établit à l'avenir des réglementations touchant le domaine d'application du présent Accord, le droit de l'Union européenne prévaudra sur les dispositions concernées du présent Accord quant à leur application. Les Parties contractantes peuvent modifier ou remplacer les dispositions du présent Accord en fonction des nouvelles dispositions prévues en la matière dans le droit de l'Union européenne.

5. Le présent Accord ne porte pas préjudice aux dispositions d'accords bi- ou multilatéraux actuels ou futurs relatifs à la coopération en matière pénale, notamment relatifs à l'entraide judiciaire internationale en matière pénale, conclus entre les Parties contractantes.

6. Le centre commun institué par le présent Accord l'est sans préjudice de ceux institués par les accords signés entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, le 9 octobre 1997, et entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Royaume de Belgique, le 5 mars 2001, ainsi que par les dispositions pertinentes de l'Accord signé entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, le 15 octobre 2001.

fend in het kader van en binnen de beperkingen van hun nationale bevoegdheden, overeenkomstig de geldende internationale overeenkomsten, het gemeenschapsrecht en de nationale wetgeving.

3. De grensoverschrijdende samenwerking in politie- en douanezaken wordt met name uitgeoefend met inachtneming van de bepalingen van de SUO en de Overeenkomst van Napels II betreffende de politie- en douanesamenwerking en de bevoegdheden die aan de nationale centrale organen worden toegekend.

4. De bepalingen van onderhavig Akkoord zijn slechts van toepassing voor zover ze verenigbaar zijn met het recht van de Europese Unie. Wanneer de Europese Unie in de toekomst voorschriften opstelt die betrekking hebben op het toepassingsgebied van onderhavig Akkoord, dan zal het Europese recht de overhand hebben op de betrokken bepalingen van onderhavig Akkoord wat de toepassing ervan betreft. De overeenkomstsluitende Partijen kunnen de bepalingen van onderhavig Akkoord wijzigen of vervangen op basis van de nieuwe bepalingen waarin terzake is voorzien in het recht van de Europese Unie.

5. Onderhavig Akkoord doet geen afbreuk aan de bepalingen van bestaande of toekomstige bi- of multilaterale akkoorden betreffende de samenwerking in strafzaken, met name betreffende de wederzijdse rechtshulp in strafzaken, die tussen de overeenkomstsluitende Partijen zijn gesloten.

6. Het door dit Akkoord opgerichte gemeenschappelijke centrum is opgericht zonder afbreuk te doen aan de centra die werden opgericht door de akkoorden die werden ondertekend tussen de Regering van de Franse Republiek en de Regering van de Duitse Bondsrepubliek, op 9 oktober 1997, en tussen de Regering van de Franse Republiek en de Regering van het Koninkrijk België, op 5 maart 2001, alsook door de relevante bepalingen van het Akkoord dat op 15 oktober 2001 ondertekend werd tussen de Regering van de Franse Republiek en de Regering van het Groothertogdom Luxemburg.

Titel II

Betrieb des Gemeinsamen Zentrums

Artikel 2

Einsatzgebiet und zuständige Stellen

(1) Das Gemeinsame Zentrum, in dem das Personal der in Absatz 3 genannten zuständigen Behörden arbeitet, wird in Luxemburg betrieben.

Titre II

Fonctionnement du centre commun

Article 2

Zone d'action et services compétents

1. Le centre commun est mis en service à Luxembourg, destiné à accueillir le personnel des autorités compétentes spécifiées au paragraphe 3 du présent article.

Titel II

Werking van het gemeenschappelijke centrum

Artikel 2

Actiegebied en bevoegde diensten

1. Het centrum voor politie- en douanesamenwerking wordt in gebruik genomen in Luxemburg en dient om het personeel op te vangen van de bevoegde overheden zoals opgesomd in paragraaf 3 van dit artikel.

(2) Das gemeinsame Grenzgebiet umfasst in Bezug auf:

- die Bundesrepublik Deutschland:
 - a) in Rheinland-Pfalz
die Bezirke der Polizeipräsidien Rheinland, Westpfalz und Trier,
 - b) im Saarland
das gesamte Landesgebiet;
- das Königreich Belgien:
die Gerichtsbezirke von Dinant, Arlon, Neufchâteau, Marche und Eupen;
- die Französische Republik folgende Grenzdepartements:
Moselle, Meurthe-et-Moselle, Ardennes und Meuse;
- das Großherzogtum Luxemburg:
das gesamte Hoheitsgebiet.

Die Vertragsparteien können in der Form eines Änderungsprotokolls zu diesem Übereinkommen Änderungen des gemeinsamen Grenzgebiets im Sinne des Satzes 1 vereinbaren.

(3) Am Gemeinsamen Zentrum beteiligen sich folgende Stellen:

auf deutscher Seite:

- die Polizeien der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland
- die Bundespolizei
- die Zollverwaltung
- bei Bedarf das Bundeskriminalamt

auf belgischer Seite:

- die Bundespolizei
- die örtliche Polizei
- die Zoll- und Akzisenverwaltung

auf französischer Seite:

- die nationale Polizei
- die nationale Gendarmerie
- die Behörde für Zölle und indirekte Abgaben

auf luxemburgischer Seite:

- die Großherzogliche Polizei
- die Zoll- und Akzisenverwaltung.

Die Behörden der Vertragsparteien unterrichten einander schriftlich über die jeweilige innerstaatliche Zuständigkeitsverteilung hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und über Änderungen in der Bezeichnung der Behörden.

2. La zone frontalière commune comprend en ce qui concerne:

- la République fédérale d'Allemagne:
 - a) en Rhénanie-Palatinat,
les districts des présidences de police de Rhénanie-Pfalz, de Westpfalz et de Trèves,
 - b) en Sarre,
la totalité du territoire,
- le Royaume de Belgique:
les arrondissements judiciaires de Dinant, Arlon, Neufchâteau, Marche et Eupen,
- la République française, les départements frontaliers suivants:
la Moselle, la Meurthe-et-Moselle, les Ardennes et la Meuse,
- le Grand-Duché de Luxembourg:
la totalité du territoire.

Les Parties contractantes peuvent convenir de modifications concernant la zone frontalière commune au sens de la phrase 1 sous forme d'un protocole d'amendement au présent Accord.

3. Participent au centre commun les services suivants:

du côté allemand:

- les polices des Länder de Rhénanie-Palatinat et de Sarre,
- la police fédérale,
- l'administration des douanes,
- en cas de nécessité, l'Office fédéral de police criminelle,

du côté belge:

- la police fédérale,
- la police locale,
- l'administration des douanes et accises,

du côté français:

- la police nationale,
- la gendarmerie nationale,
- l'administration des douanes et droits indirects,

du côté luxembourgeois:

- la police grand-ducale,
- l'administration des douanes et accises.

Les autorités des Parties contractantes s'informent mutuellement par voie écrite de l'attribution de compétences nationales respectives en matière de coopération transfrontalière ainsi que de toute modification dans la désignation des autorités.

2. Het grensgebied omvat met betrekking tot:

- de Bondrepubliek Duitsland:
 - a) in Rijnland-Palts,
de districten van de hoofdkantoren van politie van Rheinland, Westpfalz en Trier,
 - b) in Saarland,
het volledige grondgebied,
- het Koninkrijk België:
de gerechtelijke arrondissementen Dinant, Aarlen, Neufchâteau, Marche en Eupen,
- de Franse Republiek, de volgende grensdepartementen:
Moselle, Meurthe-et-Moselle, Ardennes en Meuse,
- het Groothertogdom Luxemburg:
het volledige grondgebied.

De overeenkomstsluitende Partijen kunnen het eens worden over wijzigingen betreffende het gemeenschappelijke grensgebied in de betekenis van zin 1 in de vorm van een protocol tot wijziging van onderhavig Akkoord.

3. De volgende diensten nemen deel aan het gemeenschappelijke centrum:

aan Duitse zijde:

- de politiediensten van de deelstaten Rijnland-Palts en Saarland;
- de federale politie;
- de administratie der douane;
- in geval van noodzaak het Bundeskriminalamt;

aan Belgische zijde:

- de federale politie;
- de lokale politie;
- de administratie der douane en accijnzen;

aan Franse zijde:

- de nationale politie;
- de nationale gendarmerie,
- de administratie van douane en indirecte rechten;

aan Luxemburgse zijde:

- de politie van het Groothertogdom;
- de administratie der douane en accijnzen.

De overheden van de overeenkomstsluitende Partijen brengen elkaar schriftelijk op de hoogte van de respectieve toekenning van nationale bevoegdheden inzake grensoverschrijdende samenwerking alsook van elke wijziging in de aanwijzing van de overheden.

(4) Das Gemeinsame Zentrum ist keine eigenständige Behörde. Die im Gemeinsamen Zentrum tätigen Bediensteten handeln jeweils als Angehörige der Behörde, die sie in das Gemeinsame Zentrum entsandt hat (Entsendebehörde), sowie gemäß den Anweisungen derselben. Die Bediensteten des Gemeinsamen Zentrums können nicht selbständig operative Einsätze durchführen.

Artikel 3

Aufgaben und Befugnisse

(1) Um die Koordinierung der Aufgaben im gemeinsamen Grenzgebiet sowie den Informationsaustausch zu erleichtern, arbeiten die im Gemeinsamen Zentrum vertretenen Behörden in den Bereichen der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung sowie der vorbeugenden und repressiven Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität entweder auf zweiseitiger Grundlage oder, wenn diese Kriminalität die Interessen von mehr als zwei Parteien berührt, auf mehrseitiger Grundlage unmittelbar zusammen.

(2) Vorbehaltlich der Zuständigkeit der nationalen Zentralstellen steht das Gemeinsame Zentrum für den Austausch von Informationen mit grenzregionalem Bezug allen mit Polizei- und Zollaufgaben beauftragten Einheiten und Stellen des Hoheitsgebiets jeder Vertragspartei zur Verfügung. Dies gilt auch in Fällen ohne grenzregionalen Bezug, soweit völkerrechtliche Übereinkünfte, das Gemeinschaftsrecht oder das innerstaatliche Recht dies zulassen. Die nationalen Zentralstellen der Vertragsparteien werden nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts am Informationsaustausch beteiligt.

Hierfür sammeln und analysieren die Bediensteten der im Gemeinsamen Zentrum vertretenen Stellen alle für die Zusammenarbeit in Polizei- und Zollangelegenheiten erforderlichen Informationen, einschließlich der periodischen gemeinsamen Beurteilung des grenzübergreifenden Lagebildes, und tauschen sie aus.

(3) Das Gemeinsame Zentrum erfüllt im Grenzgebiet insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung und Erleichterung der Vorbereitung und der Koordinierung von punktuellen Einsatzmaßnahmen, sofern die Aufgabenbereiche mehrerer Behörden betroffen sind oder ein hoher Koordinationsaufwand erforderlich ist,

4. Le centre commun n'est pas une administration indépendante. Les agents travaillant au centre commun agissent comme membres de l'autorité qui les a détachés (autorité d'envoi) ainsi que sur instructions de celle-ci. Les agents du centre commun ne peuvent effectuer de façon autonome des interventions à caractère opérationnel.

Article 3

Missions et compétences

1. Pour faciliter la coordination des missions dans la zone frontalière commune ainsi que l'échange d'informations, les autorités représentées dans le centre commun coopèrent directement dans les domaines de la menace pour la sécurité et l'ordre publics, de la lutte préventive et répressive contre la criminalité transfrontalière, soit sur une base bilatérale, soit sur une base multilatérale lorsque cette criminalité affecte les intérêts de plus de deux Parties contractantes.

2. Sous réserve de la compétence des organes centraux nationaux, le centre commun est, pour l'échange d'informations ayant un lien avec la zone frontalière, à la disposition de l'ensemble des unités et services chargés des missions de police et de douane du territoire national de chaque Partie contractante. Ceci s'applique également aux cas n'ayant pas de lien avec la zone frontalière dans la mesure où des accords internationaux, le droit communautaire, ou les dispositions nationales le permettent. Les organes centraux nationaux des Parties contractantes sont associés à ces échanges d'informations conformément à leurs dispositions nationales respectives.

A cette fin, les agents des services représentés au centre commun recueillent, analysent et échangent toutes informations nécessaires à la coopération en matière policière et douanière y compris l'évaluation périodique commune de la situation frontalière.

3. Dans la zone frontalière, le centre commun exerce, notamment, les missions suivantes:

- aider et faciliter la préparation et la coordination de mesures d'intervention ponctuelles lorsque les attributions de plusieurs autorités sont concernées ou qu'il est nécessaire de réaliser un haut degré de coordination,

4. Het gemeenschappelijke centrum is geen onafhankelijk bestuur. De ambtenaren die in het centrum werken, handelen als personeelslid van de overheid die hen heeft gedetacheerd (zendoverheid) en volgens de voorschriften van deze zendoverheid. De ambtenaren van het gemeenschappelijke centrum mogen niet zelfstandig operationele interventies uitvoeren.

Artikel 3

Taken en bevoegdheden

1. Om de coördinatie van de taken in het gemeenschappelijke grensgebied en de informatie-uitwisseling te vergemakkelijken, werken de overheden die in het gemeenschappelijke centrum zijn vertegenwoordigd rechtstreeks samen op het vlak van de bedreiging van de openbare veiligheid en openbare orde, de preventieve en repressieve bestrijding van de grensoverschrijdende criminaliteit, en dit ofwel op bilaterale basis, ofwel op multilaterale basis wanneer die criminaliteit de belangen van meer dan twee overeenkomstsluitende Partijen aantast.

2. Met voorbehoud van de bevoegdheid van de nationale centrale organen staat het gemeenschappelijke centrum voor de uitwisseling van informatie die verband houdt met het grensgebied ter beschikking van alle eenheden en diensten die belast zijn met politie- en douaneopdrachten op het nationale grondgebied van elke overeenkomstsluitende Partij. Dit is eveneens van toepassing op de gevallen die geen verband houden met het grensgebied voor zover dit door internationale akkoorden, het gemeenschapsrecht of de nationale bepalingen is toegelaten. De nationale centrale organen van de overeenkomstsluitende Partijen zijn overeenkomstig hun respectieve nationale bepalingen bij die informatie-uitwisseling betrokken.

Daartoe vergaren en analyseren de ambtenaren van de diensten die in het gemeenschappelijke centrum zijn vertegenwoordigd, alle informatie die noodzakelijk is voor de samenwerking in politie- en douanezaken, met inbegrip van de gemeenschappelijke periodieke evaluatie van de grenssituatie, en wisselen ze deze informatie uit.

3. In het grensgebied voert het gemeenschappelijke centrum met name de volgende opdrachten uit:

- helpen bij de voorbereiding en de coördinatie van punctuele interventiemaatregelen en deze voorbereiding en coördinatie vergemakkelijken wanneer rekening moet worden gehouden met de bevoegdheden van verschillende overheden of wanneer een doorgedreven vorm van coördinatie op het getouw moet worden gezet;

- Unterstützung der Aktivitäten bei der administrativen Durchführung grenzüberschreitender Observations- und Nacheilehandlungen im Sinne der Artikel 40 und 41 des SDÜ oder der Artikel 20 und 21 des Neapel-II-Übereinkommens, die nach jenem Übereinkommen und nach den Vorschriften zu dessen Ausführung durchgeführt werden,
 - Erleichterung der Vorbereitung und der Unterstützung bei der Überstellung von sich illegal aufhaltenden Ausländern auf der Grundlage der geltenden Übereinkünfte nach den Verordnungen (EG) Nr. 343/2003 sowie Nr. 1560/2003.
- soutenir les activités pour l'exécution administrative d'actions d'observation et de poursuite transfrontalières, visées aux articles 40 et 41 de la CAAS ou aux articles 20 et 21 de la Convention de Naples II, menées conformément aux dispositions de cette Convention et à ses textes de mise en œuvre,
 - faciliter la préparation et l'assistance en ce qui concerne la remise d'étrangers en situation irrégulière sur la base des accords en vigueur suivant les stipulations des règlements (CE) Nr. 343/2003 et 1560/2003.
- de activiteiten in het kader van de administratieve uitvoering van grensoverschrijdende observaties en achtervolgingen, bedoeld in de artikelen 40 en 41 van de SUO of in de artikelen 20 en 21 van de Overeenkomst van Napels II, uitgevoerd overeenkomstig voornoemde Overeenkomst en haar uitvoeringsteksten, ondersteunen;
 - de voorbereiding van en de bijstand bij de overname van onrechtmatig verblijvende buitenlanders vergemakkelijken op basis van de geldende akkoorden volgens de bepalingen van de Verordeningen (EG) nr. 343/2003 en nr. 1560/2003.

(4) Die Aufgaben und Befugnisse der Polizei- und Zolldienststellen und der Zentralstellen, wie sie nach dem Recht jeder einzelnen Vertragspartei innerstaatlich geregelt sind, bleiben von diesem Artikel unberührt und werden demzufolge im Rahmen und in den Grenzen ihrer innerstaatlichen Zuständigkeiten auf der Grundlage der geltenden völkerrechtlichen Übereinkünfte, des Gemeinschaftsrechts und der innerstaatlichen Rechtsvorschriften ausgeübt.

4. Les missions et attributions des services de police, de la douane et des services centraux, telles qu'elles sont réglementées par le droit de chacune des Parties contractantes sur le plan national, ne sont pas affectées par les dispositions du présent article et s'exercent, par conséquent dans le cadre et dans les limites de leurs compétences nationales, sur la base des conventions internationales en vigueur, du droit communautaire et de la législation nationale.

4. De taken en bevoegdheden van de politiediensten, de douane en de centrale diensten, zoals die op nationaal vlak door het recht van elk van de overeenkomstsluitende Partijen zijn gereguleerd, worden niet beïnvloed door de bepalingen van onderhavig artikel en worden bijgevolg uitgeoefend in het kader en binnen de beperkingen van hun nationale bevoegdheden, op basis van de geldende internationale overeenkomsten, het gemeenschapsrecht en de nationale wetgeving.

Artikel 4

Einrichtung einer gemeinsamen Datei, Datenschutzkontrolle, Rechte der Betroffenen

(1) Innerhalb des Gemeinsamen Zentrums wird eine Datei für personenbezogene Daten geschaffen mit dem Zweck der Sammlung und Darstellung von Anfragen im Rahmen der Aufgaben nach Artikel 3.

(2) Die Eingabe von personenbezogenen Daten in die Datei ist nur den im Gemeinsamen Zentrum tätigen befugten Bediensteten der Vertragsparteien gestattet. Jeder im Gemeinsamen Zentrum tätige Bedienstete kann die von einer anderen Behörde bereits vorher in der Datei gespeicherten Daten ergänzen. Stehen die Daten in Widerspruch zueinander, so stimmen sich die betroffenen Behörden untereinander ab.

Die Daten speichernde Behörde stellt sicher, dass diese

- nur solche Daten sind, die rechtmäßig und nach Treu und Glauben erhoben und verarbeitet worden sind;
- für bestimmte, ausdrücklich genannte rechtmäßige Zwecke erhoben wurden und nicht auf eine Weise weiterverarbeitet werden, die mit dem ursprünglichen Zweck nicht vereinbar ist;

Article 4

Mise en place d'un fichier commun, contrôle de la protection des données, droits des personnes concernées

1. Il est créé au sein du centre commun un fichier de données à caractère personnel dont la finalité est la collecte et la présentation de requêtes dans le cadre des missions visées à l'article 3.

2. L'inscription des données à caractère personnel dans le fichier est effectuée par les seuls agents habilités des Parties contractantes en poste dans le centre commun. Chaque agent employé dans le centre commun peut compléter les données préalablement enregistrées dans le fichier par une autre autorité. En cas de contradiction entre les données, les autorités concernées se concertent.

L'autorité qui enregistre les données garantit que ces dernières sont:

- uniquement des données collectées et traitées de manière licite et loyale;
- collectées pour des finalités déterminées, explicites et légitimes et ne sont pas traitées ultérieurement de manière incompatible avec les finalités du traitement;

Artikel 4

Tot stand brengen van een gezamenlijk bestand, controle van de gegevensbescherming, rechten van de betrokken personen

1. Binnen het gemeenschappelijke centrum wordt een bestand van persoonsgegevens ontwikkeld waarvan het de bedoeling is verzoekschriften in het kader van de in artikel 3 vermelde taken te vergaren en uiteen te zetten.

2. Het opnemen van persoonsgegevens in het bestand gebeurt alleen door de daartoe bevoegde ambtenaren van de overeenkomstsluitende Partijen die in het gemeenschappelijke centrum werken. Elke in het gemeenschappelijke centrum tewerkgestelde ambtenaar mag de gegevens die vooraf in het bestand zijn geregistreerd door een andere overheid, aanvullen. In geval van een tegenstrijdigheid tussen de gegevens plegen de betrokken overheden overleg.

De overheid die de gegevens registreert, verzekert dat het gegevens betreft die:

- uitsluitend op een geoorloofde en eerlijke manier zijn vergaard en verwerkt;
- voor welbepaalde, uitdrukkelijke en gegronde doeleinden worden vergaard en die later niet worden verwerkt op een manier die onverenigbaar is met de doeleinden van de verwerking;

- dem Zweck, für den sie erhoben wurden, und in Bezug auf die Weiterverarbeitung angemessen, sachdienlich und nicht unverhältnismäßig sind;
- adéquates, pertinentes et non excessives au regard des finalités pour lesquelles elles sont collectées et de leurs traitements ultérieurs;
- adequaat, relevant en niet buitensporig zijn ten opzichte van de doeleinden waarvoor ze worden vergaard en van hun latere verwerkingen;
- richtig, vollständig und gegebenenfalls aktualisiert sind.
- exactes, complètes et, si nécessaire, mises à jour.
- juist, volledig en zo nodig geüpdatet zijn.

(3) Nur die dazu befugten Bediensteten der im Gemeinsamen Zentrum vertretenen Stellen haben Zugriff auf die in der gemeinsamen Datei zum Zweck der Erfüllung der in Artikel 3 genannten Aufgaben gespeicherten personenbezogenen Daten. Sie können diese Daten anderen in diesem Bereich zuständigen Behörden übermitteln, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

3. Seuls les agents habilités des services représentés dans le centre commun ont accès aux données personnelles enregistrées dans le fichier commun aux fins de l'accomplissement des missions prévues à l'article 3. Ils peuvent communiquer ces données à d'autres autorités compétentes en cette matière dans la mesure où ceci est nécessaire à l'exécution de leurs tâches.

3. Enkel de bevoegde ambtenaren van de in het gemeenschappelijke centrum vertegenwoordigde diensten hebben voor de vervulling van de in artikel 3 vermelde taken toegang tot de in het gemeenschappelijke bestand geregistreerde persoonsgegevens. Ze mogen die gegevens aan andere in dat domein bevoegde overheden meedelen voor zover dit voor de uitvoering van hun taken nodig is.

(4) In der gemeinsamen Datei gespeicherte personenbezogene Daten sind zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig oder ihre Kenntnis zur Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung erfolgt spätestens drei Jahre nach ihrer Speicherung.

4. Les données à caractère personnel enregistrées dans le fichier commun doivent être effacées lorsque leur intégration est incorrecte ou que leur connaissance n'est plus nécessaire pour accomplir la mission. La suppression a lieu au plus tard à l'issue d'un délai de trois ans à compter de leur enregistrement.

4. De in het gemeenschappelijke bestand geregistreerde persoonsgegevens moeten worden verwijderd wanneer het opslaan ervan niet correct is gebeurd of wanneer het niet meer nodig is er voor de vervulling van de taak op de hoogte van te zijn. De verwijdering heeft uiterlijk drie jaar na hun registratie plaats.

Eine Änderung oder Löschung von Daten darf nur von der Behörde vorgenommen werden, die diese gespeichert hat.

Toute modification ou effacement des données ne peut être effectué que par la seule autorité ayant enregistré ces données.

Gegevens kunnen slechts worden gewijzigd of verwijderd door de overheid die die gegevens heeft geregistreerd.

Möchte eine Behörde Daten löschen, die sie gespeichert hat, die jedoch von anderen Behörden ergänzt worden sind, muss sie die anderen informieren. Die Aktualisierung oder Löschung der verbleibenden Daten obliegt damit der Behörde, die als zeitlich nächste Daten zu der betreffenden Person ergänzt hat.

Si l'autorité ayant enregistré des données souhaite les effacer alors qu'elles ont été complétées par d'autres autorités, elle doit les en informer. La mise à jour ou l'effacement des données restantes incombera alors à l'autorité suivante ayant complété les données relatives à cette personne.

Als de overheid die de gegevens heeft geregistreerd de gegevens wil verwijderen terwijl ze door andere overheden werden aangevuld, dan moet die overheid de andere overheden op de hoogte brengen. De bijwerking of de verwijdering van de overige gegevens zal dus gebeuren door de volgende overheid die de gegevens over die persoon heeft aangevuld.

Hat eine Behörde Anhaltspunkte dafür, dass von einer anderen Behörde gespeicherte Daten unrichtig sind, teilt sie dies umgehend der Behörde mit, die diese Daten gespeichert hat, und gegebenenfalls den in Absatz 1 genannten Dienststellen, denen die Daten übermittelt wurden, mit dem Ziel der Prüfung und erforderlichenfalls der Berichtigung oder Löschung der Daten.

Si une des autorités dispose d'indices faisant présumer qu'une donnée enregistrée par une autre autorité est entachée d'erreur, elle en avise dans les meilleurs délais l'autorité ayant enregistré la donnée et, le cas échéant, les services visés au paragraphe 1 auxquels les données ont été communiquées, aux fins de vérification et, si nécessaire, de correction ou d'effacement des données.

Als één van de overheden over aanwijzingen beschikt die laten vermoeden dat een door een andere overheid geregistreerd gegeven een fout vertoont, dan brengt ze de overheid die het gegeven heeft geregistreerd, en eventueel de in paragraaf 1 vermelde diensten waaraan de gegevens werden meegedeeld zo snel mogelijk op de hoogte, om deze gegevens te controleren en indien nodig te verbeteren of te verwijderen.

(5) Jeder hat im Rahmen des innerstaatlichen Rechts das Recht, bei Nachweis seiner Identität eine für Datenschutz zuständige Behörde zu befragen, ob zu seiner Person personenbezogene Daten in der gemeinsamen Datei verarbeitet und genutzt werden, und diese gegebenenfalls übermittelt zu bekommen.

5. Toute personne justifiant de son identité a le droit d'interroger, dans le cadre des dispositions du droit national, une autorité compétente en matière de protection des données en vue de savoir si des données à caractère personnel la concernant sont traitées et utilisées dans le fichier commun et, le cas échéant, d'en obtenir communication.

5. Iedere persoon die zich identificeert heeft het recht om in het kader van de bepalingen van het nationale recht een bevoegde overheid te ondervragen over de bescherming van de gegevens om te weten of persoonsgegevens die op hem betrekking hebben, in het gemeenschappelijke bestand worden verwerkt en gebruikt, en zo nodig ervan op de hoogte te worden gebracht.

(6) Die datenschutzrechtliche Kontrolle der gemeinsamen Datei nach Absatz 1 nehmen die für die Datenschutzkontrolle nach Maßgabe des jeweiligen innerstaat-

6. Le contrôle de la protection des données concernant le fichier commun visé au paragraphe 1 est assumé, en étroite coordination, par les autorités compétentes en

6. De controle van de bescherming van de gegevens betreffende het gemeenschappelijke bestand bedoeld in paragraaf 1 wordt uitgevoerd door de over-

lichen Rechts zuständigen Behörden in enger Abstimmung wahr. Auf Initiative der zuständigen Behörden oder der Bediensteten nach Absatz 2, gemäß dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei, oder auf Ersuchen der unabhängigen nationalen Datenschutzbehörde, sind regelmäßig stichprobenartige Kontrollen durchzuführen. Die datenschutzrechtliche Kontrolle der zuständigen Behörden und der Bediensteten nach Absatz 2 obliegt den nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zuständigen Behörden. Wurden die Daten auch durch eine Vertragspartei verarbeitet oder genutzt, so erfolgt die Kontrolle in enger Abstimmung mit der für die Datenschutzkontrolle zuständigen Behörde dieser Vertragspartei.

(7) Im Übrigen finden die Artikel 102 Absatz 4 Satz 1, Artikel 109 Absatz 1 Sätze 1 und 3, Artikel 110, Artikel 111 und Artikel 116 des SDÜ entsprechend Anwendung.

(8) Hinsichtlich des Datenschutzes finden die innerstaatlichen Bestimmungen zum Datenschutz Anwendung, die zumindest denen entsprechen, die sich aus dem Europarats-Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten, dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu jenem Übereinkommen betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr und den Grundsätzen der Empfehlung R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarats vom 17. September 1987 über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich ergeben.

matière de la protection des données en vertu de leur droit national respectif. Des contrôles aléatoires doivent régulièrement être pratiqués à l'initiative des autorités compétentes ou des agents habilités visés au paragraphe 2, selon le droit national de la Partie contractante respective, ou à la demande de l'autorité nationale indépendante de la protection des données. Le contrôle de la protection des données à l'initiative des autorités compétentes et des agents habilités prévu au paragraphe 2 s'effectue conformément à leurs obligations nationales respectives. Si des données ont également été traitées ou utilisées par une Partie contractante, le contrôle est effectué en étroite coordination avec l'autorité compétente en matière de contrôle de la protection des données de cette Partie contractante.

7. Au demeurant, l'article 102, paragraphe 4, phrase 1, l'article 109, paragraphe 1, phrases 1 et 3, l'article 110, l'article 111 et l'article 116 de la CAAS, s'appliquent mutatis mutandis.

8. En matière de protection des données s'appliquent les dispositions nationales relatives à la protection des données correspondant au moins à celles résultant de la Convention du Conseil de l'Europe du 28 janvier 1981 pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel; le Protocole additionnel du 8 novembre 2001 à cette Convention concernant les autorités de contrôle et les flux transfrontières de données et les principes de la recommandation n° R(87) 15 du Comité des ministres du Conseil de l'Europe du 17 septembre 1987 visant à réglementer l'utilisation des données à caractère personnel dans le secteur de la police.

heden die bevoegd zijn op het vlak van de bescherming van de gegevens krachtens hun respectieve nationale recht en ze werken daarvoor nauw samen. Toevallige controles moeten regelmatig worden uitgevoerd op initiatief van de bevoegde overheden of de bevoegde ambtenaren bedoeld in paragraaf 2, krachtens het nationale recht van de respectieve overeenkomstsluitende Partij of op verzoek van de nationale onafhankelijke overheid voor de bescherming van de gegevens. De controle van de bescherming van de gegevens op initiatief van de bevoegde overheden en de bevoegde ambtenaren, voorzien in paragraaf 2, verloopt overeenkomstig hun respectieve nationale verplichtingen. Wanneer er eveneens gegevens werden verwerkt of gebruikt door een overeenkomstsluitende Partij, dan wordt de controle uitgevoerd in nauw overleg met de overheid die bevoegd is op het vlak van controle van de bescherming van de gegevens van die overeenkomstsluitende Partij.

7. Voor het overige zijn artikel 102, paragraaf 4, zin 1, artikel 109, paragraaf 1, zinnen 1 en 3, artikel 110, artikel 111 en artikel 116 van de SUO mutatis mutandis van toepassing.

8. Inzake bescherming van de gegevens zijn de nationale bepalingen betreffende de bescherming van de gegevens van toepassing die op zijn minst overeenstemmen met de bepalingen die voortvloeien uit het Verdrag tot bescherming van personen met betrekking tot de geautomatiseerde verwerking van persoonsgegevens van de Raad van Europa van 28 januari 1981, het aanvullend protocol van 8 november 2001 bij dat Verdrag, wat de toezichthoudende autoriteiten en de grensoverschrijdende gegevensstromen betreft en de beginselen van aanbeveling nr. A (87) 15 van het Comité van ministers van de Raad van Europa van 17 september 1987 tot regeling van het gebruik van persoonsgegevens op politieel gebied.

Artikel 5

Datensicherheit

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg trifft für das Gemeinsame Zentrum Maßnahmen, die geeignet sind:

1. Unbefugten den Zutritt zu Anlagen zu verwehren, die zur Verarbeitung personenbezogener Daten benutzt werden (Zutrittskontrolle);
2. zu verhindern, dass Datenträger unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können (Datenträgerkontrolle);
3. die unbefugte Eingabe in die Datei sowie die unbefugte Kenntnisnahme, Veränderung oder Löschung gespei-

Article 5

Sécurité des données

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg prend, pour le centre commun, des mesures qui sont propres:

1. à empêcher toute personne non autorisée d'accéder aux installations utilisées pour le traitement de données à caractère personnel (contrôle à l'entrée des installations);
2. à empêcher que des supports de données ne puissent être lus, copiés, modifiés ou exportés par une personne non autorisée (contrôle des supports de données);
3. à empêcher l'introduction non autorisée dans le fichier ainsi que toute prise de connaissance, toute modifi-

Artikel 5

Beveiliging van de gegevens

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg neemt voor het gemeenschappelijke centrum passende maatregelen om:

1. te verhinderen dat onbevoegden toegang krijgen tot de apparatuur voor de verwerking van persoonsgegevens (controle op de toegang tot de apparatuur);
2. te voorkomen dat onbevoegden gegevensdragers lezen, kopiëren, wijzigen of verwijderen (controle op de gegevensdragers);
3. te voorkomen dat onbevoegden gegevens in het bestand invoeren of opgeslagen persoonsgegevens lezen,

cherter personenbezogener Daten zu verhindern (Speicherkontrolle);	cation ou tout effacement non autorisés de données à caractère personnel intégrées (contrôle de l'intégration);	wijzigen of verwijderen (opslagcontrole);
4. zu verhindern, dass automatisierte Datenverarbeitungssysteme mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung von Unbefugten genutzt werden können (Benutzerkontrolle);	4. à empêcher que des systèmes de traitement automatisé de données ne puissent être utilisés par des personnes non autorisées à l'aide d'installations de transmission de données (contrôle de l'utilisation);	4. te voorkomen dat onbevoegden de systemen voor geautomatiseerde gegevensverwerking gebruiken met behulp van datatransmissieapparatuur (gebruikscontrole);
5. zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines automatisierten Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können (Zugriffskontrolle);	5. à garantir que les personnes autorisées ne puissent accéder qu'aux données relevant de leur compétence (contrôle d'accès limité);	5. ervoor te zorgen dat degenen die bevoegd om een systeem voor geautomatiseerde gegevensverwerking te gebruiken, zijn uitsluitend toegang hebben tot de gegevens waarop hun toegangsbevoegdheid betrekking heeft (controle op de beperkte toegang);
6. zu gewährleisten, dass überprüft und festgestellt werden kann, an welche Behörden personenbezogene Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung übermittelt werden können (Übermittlungskontrolle);	6. à garantir qu'il puisse être vérifié et constaté à quelles autorités des données à caractère personnel peuvent être transmises, par des installations de transmission de données (contrôle de la transmission);	6. ervoor te zorgen dat kan worden nagegaan en vastgesteld aan welke organen persoonsgegevens kunnen worden verstrekt met behulp van datatransmissieapparatuur (verstrektingscontrole);
7. zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit und von wem in automatisierten Datenverarbeitungssystemen gespeichert oder gelöscht wurden und in welcher Weise sie verarbeitet worden sind (Eingabe- und Verarbeitungskontrolle);	7. à garantir qu'il puisse être vérifié et constaté a posteriori quelles données à caractère personnel ont été introduites et effacées dans les systèmes de traitement automatisé de données et de quelle manière elles ont été traitées, à quel moment et par quelle personne (contrôle de l'introduction et du traitement);	7. ervoor te zorgen dat naderhand kan worden nagegaan en vastgesteld welke persoonsgegevens wanneer en door wie in de geautomatiseerde gegevensverwerkingsystemen zijn ingevoerd en verwijderd en hoe ze werden verwerkt (invoer- en verwerkingscontrole);
8. zu gewährleisten, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können (Zweckbindungskontrolle);	8. à garantir que des données saisies à des fins différentes puissent être traitées séparément (contrôle de la finalité);	8. ervoor te zorgen dat de voor verschillende doeleinden ingevoerde gegevens apart kunnen worden verwerkt (controle op het doeleinde);
9. zu verhindern, dass bei der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder gelöscht werden können (Transportkontrolle);	9. à empêcher que, lors de la transmission de données à caractère personnel ainsi que lors du transport de supports de données, les données ne puissent être lues, copiées, modifiées ou effacées de façon non autorisée (contrôle du transport);	9. te voorkomen dat onbevoegden de persoonsgegevens kunnen lezen, kopiëren, wijzigen of verwijderen bij de verzending van persoonsgegevens en bij het vervoer van gegevensdragers (vervoerscontrole);
10. zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind (Verfügbarkeitskontrolle).	10. à garantir, que les données à caractère personnel sont protégées contre toute destruction ou perte fortuite (contrôle de disponibilité).	10. ervoor zorgen dat persoonsgegevens worden beschermd tegen elke toevallige vernieling of toevallig verlies (beschikbaarheidscontrole).

Artikel 6**Inhalt der Vereinbarung
über die gemeinsame Datei**

Für die Datei nach Artikel 4 muss von den Vertragsparteien in einer Vereinbarung im Sinne des Artikels 16 insbesondere Folgendes festgelegt werden:

- Bezeichnung der Datei,
- Zweck der Datei,
- Personenkreis, über den Daten gespeichert werden,
- Art der zu speichernden personenbezogenen Daten,

Article 6**Contenu du protocole
relatif au fichier commun**

Pour le fichier prévu à l'article 4, un protocole au sens de l'article 16 entre les Parties contractantes devra régler en particulier les points suivants:

- le nom du fichier,
- l'objet du fichier,
- la catégorie de personnes dont les données seront intégrées,
- la nature des données à caractère personnel à intégrer,

Artikel 6**Inhoud van
de protocol betreffende
het gemeenschappelijke bestand**

Voor het in artikel 4 vermelde bestand moet een protocol in de zin van artikel 16 tussen de overeenkomstsluitende Partijen in het bijzonder de volgende punten regelen:

- de naam van het bestand;
- het onderwerp van het bestand;
- de categorie personen van wie de gegevens zullen worden opgeslagen;
- de aard van de op te slaan persoonsgegevens;

- | | | |
|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> – Arten der personenbezogenen Daten, die der Erschließung der Datei dienen, – Personenkreis, der Zugriff auf die Datei hat, – Anlieferung oder Eingabe der zu speichernden personenbezogenen Daten, – unter welchen Voraussetzungen, in welchem Verfahren und an welche Empfänger in der Datei gespeicherte personenbezogene Daten übermittelt werden, – Prüffristen und Speicherdauer, – Protokollierung. | <ul style="list-style-type: none"> – la nature des données à caractère personnel sur la base desquelles la recherche peut être lancée dans le fichier, – la catégorie de personnes ayant accès au fichier, – la transmission ou l'introduction des données à caractère personnel à intégrer, – les conditions à remplir pour la communication de données à caractère personnel intégrées dans le fichier, le choix de la procédure à suivre à cet égard et les catégories de destinataires, – les délais de contrôle et la durée de stockage, – la journalisation. | <ul style="list-style-type: none"> – de aard van de persoonsgegevens op basis waarvan in het bestand kan worden gezocht; – de categorie mensen die toegang hebben tot het bestand; – de verzending of de invoer van de op te slaan persoonsgegevens; – de voorwaarden waaraan moet worden voldaan voor de mededeling van in het bestand opgeslagen persoonsgegevens, de keuze van de in dat opzicht te volgen procedure en de categorieën van geadresseerden; – de controletermijnen en de opslagduur; – de vastlegging. |
|---|--|--|

Artikel 7**Dienstregelung und Koordinierung**

(1) Jede Vertragspartei bestimmt einen Koordinator, der die verschiedenen Dienststellen seines Staates in dem Gemeinsamen Zentrum vertritt. Jeder Koordinator ist für den Betrieb der Dienststellen verantwortlich, die er vertritt, und trifft in Verbindung mit den anderen Koordinatoren Entscheidungen, die für die Organisation und die Abwicklung der laufenden Tätigkeiten des Gemeinsamen Zentrums erforderlich sind. Er übt eine Weisungsbefugnis über die nationalen Bediensteten aus, die verpflichtet sind, seinen Anweisungen zu folgen. Sie unterliegen im Übrigen der Dienstaufsicht und der Disziplinargewalt ihrer jeweiligen nationalen Behörden. Innerhalb der zu ihrem ausschließlichen Gebrauch bestimmten Räume im Gemeinsamen Zentrum sind die Bediensteten berechtigt, für die Einhaltung der Disziplin zu sorgen. Sie können im Bedarfsfall hierzu die Unterstützung der Bediensteten der anderen Vertragsparteien anfordern.

(2) Der Dienst des Gemeinsamen Zentrums wird im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Koordinatoren geregelt. Die technischen Einzelheiten werden durch eine Dienstvorschrift festgelegt.

(3) Die im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten arbeiten in einem Team vertrauensvoll zusammen und unterstützen sich gegenseitig.

(4) Der Sitz des Gemeinsamen Zentrums wird mit einem gemeinsamen Amtsschild versehen.

Artikel 8**Aktenhaltung**

(1) Die Akten der in dem Gemeinsamen Zentrum vertretenen Behörden werden getrennt und entsprechend den Regeln

Article 7**Modalités de fonctionnement et coordination**

1. Chaque Partie contractante désigne un coordonnateur représentant les différents services d'un même Etat présents dans le centre commun. Chaque coordonnateur est responsable du fonctionnement des services qu'il représente et prend, en liaison avec les autres coordonnateurs, les décisions nécessaires pour l'organisation et la gestion quotidienne du centre commun. Il exerce une autorité fonctionnelle sur les agents nationaux qui sont tenus de suivre ses instructions. Ces derniers sont par ailleurs soumis au pouvoir hiérarchique et disciplinaire de leurs autorités nationales respectives. A l'intérieur des locaux affectés à leur usage exclusif au sein du centre commun, les agents sont habilités à faire respecter la discipline. Ils peuvent, si besoin est, requérir à cet effet l'assistance d'agents des autres Parties contractantes.

2. Les modalités de fonctionnement du centre commun sont réglées d'un commun accord entre les coordonnateurs. Un règlement intérieur en fixe les détails techniques.

3. Les agents affectés dans le centre commun travaillent en équipe, coopèrent en toute confiance et se prêtent mutuelle assistance.

4. Le siège du centre commun est marqué par une inscription officielle commune.

Article 8**Archivage**

1. Les dossiers des autorités représentées dans le centre commun sont gérés et archivés séparément et conformément aux

Artikel 7**Werks- en coördinatiemodaliteiten**

1. Elke overeenkomstsluitende Partij stelt een coördinator aan die de verschillende in het gemeenschappelijke centrum aanwezige diensten van eenzelfde staat vertegenwoordigt. Elke coördinator is verantwoordelijk voor de werking van de diensten die hij vertegenwoordigt en neemt, samen met de andere coördinatoren, de beslissingen die noodzakelijk zijn voor de organisatie en het dagelijkse beheer van het gemeenschappelijke centrum. Hij oefent een functioneel gezag uit over de nationale ambtenaren, die zijn instructies moeten opvolgen. Laatstgenoemden zijn bovendien onderworpen aan het hiërarchische en tuchtrechtelijke gezag van hun respectieve nationale overheden. Binnen de lokalen die binnen het gemeenschappelijke centrum uitsluitend door hen mogen worden gebruikt, zijn de ambtenaren bevoegd om de tucht te doen naleven. Als het nodig is, kunnen ze in dit verband de hulp vragen van de ambtenaren van de andere overeenkomstsluitende Partijen.

2. De werkingsmodaliteiten van het gemeenschappelijke centrum worden in onderlinge overeenstemming tussen de coördinatoren geregeld. De technische details worden in een intern reglement vastgelegd.

3. De ambtenaren die in het gemeenschappelijke centrum zijn tewerkgesteld, werken in ploeg, werken in alle vertrouwen samen en verlenen elkaar bijstand.

4. De zetel van het gemeenschappelijke centrum heeft een gemeenschappelijk officieel opschrift.

Artikel 8**Archivering**

1. De dossiers van de in het gemeenschappelijke centrum vertegenwoordigde overheden worden afzonderlijk beheerd en

gen der jeweiligen Entsendebehörden mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung geführt und verwahrt.

(2) Jeder Koordinator tut alles Notwendige, damit die Akten so verwahrt werden, dass sie nicht von Unbefugten eingesehen werden können.

Artikel 9

Ausstattung

(1) Die luxemburgische Vertragspartei stellt unentgeltlich die Räumlichkeiten des Gemeinsamen Zentrums zur Verfügung und stattet sie betriebsfähig aus. Dazu gehören insbesondere eine funktionsgerechte Möblierung, EDV-Anlagen und Telefoneinrichtungen in jedem Büro.

(2) Die luxemburgische Vertragspartei übernimmt Betriebskosten und Kosten der laufenden Unterhaltung der zur Verfügung gestellten Gebäude.

(3) Spezifische Ausstattungen der Entsendebehörden und die persönliche Ausstattung der Bediensteten werden von jeder Vertragspartei selbst übernommen.

Artikel 10

Laufende Ausgaben

(1) Laufende Kosten, insbesondere für Büromaterial, Kopiergeräte, Gebühren und Leitungskosten für den gemeinsamen Telekommunikationsbetrieb sowie für die Wartung der gemeinsamen EDV- und Telekommunikationsanlagen, werden von den Vertragsparteien getragen. Über die Verteilung der Kosten wird eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 16 getroffen.

(2) Die laufenden Kosten für die Ausstattung, die einer Vertragspartei gehört, werden von dieser Vertragspartei getragen. Jede Vertragspartei kommt für Reparatur und die Beschaffung von Ersatz für das Material auf, dessen Eigentümer sie ist.

(3) Die luxemburgische Vertragspartei streckt die laufenden Ausgaben vor, die jährlich entsprechend den nach Absatz 1 festgelegten Anteilen zwischen allen Vertragsparteien aufgeteilt werden.

(4) Erhebliche Erhöhungen der Anzahl der im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten einer Vertragspartei bedürfen der vorherigen Stellungnahme der anderen Vertragsparteien mit dem Ziel, die Vereinbarung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 anzupassen.

règles des autorités d'envoi correspondantes au moyen d'un traitement informatique des données.

2. Chaque coordonnateur prend toutes dispositions pour que les dossiers soient archivés de façon à ne pas pouvoir être examinés par des personnes non autorisées.

Article 9

Equipement

1. La Partie luxembourgeoise met gratuitement à disposition les locaux du centre commun équipés de façon à être mis en service. L'équipement comprend notamment un ameublement fonctionnel, des installations informatiques et téléphoniques dans chaque bureau.

2. La Partie luxembourgeoise prend en charge les frais d'exploitation et d'entretien courant des bâtiments mis à disposition.

3. Les équipements spécifiques des autorités d'envoi et l'équipement personnel des agents sont apportés par chaque Partie contractante.

Article 10

Dépenses courantes

1. Les Parties contractantes supporteront les dépenses courantes, notamment pour le matériel de bureau, les copieurs, les taxes et les coûts des réseaux pour l'exploitation commune des télécommunications ainsi que les coûts d'entretien des équipements informatiques communs et des installations de télécommunication. La ventilation des coûts sera réglée dans un protocole au sens de l'article 16.

2. Les dépenses courantes pour l'équipement appartenant à une Partie contractante sont à la charge de cette Partie. Chaque Partie contractante assume la réparation et le remplacement des matériels dont elle est propriétaire.

3. La Partie luxembourgeoise avance les dépenses courantes qui seront partagées annuellement entre l'ensemble des Parties contractantes suivant la quote-part établie conformément au paragraphe 1.

4. Si une des Parties contractantes augmente de façon considérable le nombre de ses agents affectés dans le centre commun, elle doit au préalable requérir l'avis des autres Parties contractantes afin de parvenir à une adaptation du protocole au sens du paragraphe 1, phrase 2.

gearchiveerd overeenkomstig de regels van de overeenstemmende zendoverheden door middel van een computerverwerking van de gegevens.

2. Elke coördinator neemt alle maatregelen opdat de dossiers zodanig worden gearchiveerd dat ze niet door onbevoegde personen kunnen worden onderzocht.

Artikel 9

Uitrusting

1. De Luxemburgse Partij stelt gratis de lokalen ter beschikking van het gemeenschappelijke centrum, die zodanig worden ingericht dat ze in gebruik kunnen worden genomen. De uitrusting omvat met name functioneel meubilair, informaticamateriaal en telefooninstallaties in elk bureau.

2. De Luxemburgse Partij neemt de exploitatiekosten en de kosten voor gewoon onderhoud van de ter beschikking gestelde gebouwen op zich.

3. Elke overeenkomstsluitende Partij levert de specifieke uitrustingen van de zendoverheden en de persoonlijke uitrusting van de ambtenaren.

Artikel 10

Lopende uitgaven

1. De overeenkomstsluitende Partijen zullen de lopende kosten dragen, met name voor het bureaumateriaal, de fotokopieertoestellen, de belastingen en de netwerkkosten voor het gemeenschappelijke gebruik van de telecommunicatiemiddelen alsook de kosten voor het onderhoud van het gemeenschappelijke informaticamateriaal en de telecommunicatie-installaties. De verdeling van de kosten zal in een protocol in de zin van artikel 16 worden vastgelegd.

2. De lopende uitgaven voor de uitrusting die aan een overeenkomstsluitende Partij toebehoort, zijn ten laste van die Partij. Elke overeenkomstsluitende Partij neemt de herstelling en de vervanging van het materiaal op zich waarvan ze de eigenaar is.

3. De Luxemburgse Partij schiet de lopende kosten voor die jaarlijks onder alle overeenkomstsluitende Partijen zullen worden verdeeld op basis van het overeenkomstig paragraaf 1 vastgelegde aandeel.

4. Als één van de overeenkomstsluitende Partijen het aantal in het gemeenschappelijke centrum tewerkgestelde ambtenaren aanzienlijk verhoogt, moet ze vooraf het advies van de andere overeenkomstsluitende Partijen vragen om te komen tot een aanpassing van de protocol in de zin van paragraaf 1, 2e zin.

Artikel 11**Streitbeilegung**

(1) Die Koordinatoren legen Streitigkeiten gütlich bei. Wenn kein Einvernehmen herzustellen ist, wird die Angelegenheit den nationalen Entscheidebehörden unterbreitet, denen die im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten unterstehen.

(2) In Fällen, die besonders schwerwiegend oder von über das Grenzgebiet hinausgehender Bedeutung sind, ziehen die in Artikel 2 Absatz 3 genannten Dienststellen sofort ihre nationalen Behörden hinzu.

Artikel 12**Haftung und Schutz**

(1) Die luxemburgische Vertragspartei gewährt den im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten der anderen Vertragsparteien den gleichen Schutz und die gleiche Unterstützung wie ihren eigenen Bediensteten.

(2) Die in der luxemburgischen Vertragspartei geltenden Strafrechtsbestimmungen für den Schutz der Beamten in Ausübung ihrer Funktion sind in gleicher Weise auf die Straftaten anwendbar, die gegen die im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten der anderen Vertragsparteien begangen werden.

(3) Was die Haftung bei Schäden betrifft, die von den Bediensteten in Ausübung ihrer Aufgaben verursacht wurden, so gelten die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 43 des SDÜ.

(4) Die im Gemeinsamen Zentrum beschäftigten Bediensteten der anderen Vertragsparteien können, wenn sie sich in das Hoheitsgebiet der luxemburgischen Vertragspartei begeben und dort ihren Dienst versehen, ihre nationale Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen sowie ihre persönlichen Dienstwaffen und jedes andere zugelassene Zwangsmittel, nur zum Gebrauch im Fall der Notwehr, mitführen.

Titel III**Anwendungsbestimmungen
und Schlussbestimmungen****Artikel 13****Bestimmungen
in Bezug auf die
Anwendung oder Ablehnung**

Jede Vertragspartei kann die Zusammenarbeit ganz oder teilweise ablehnen oder sie von bestimmten Bedingungen abhängig machen, wenn sie zu der Auffassung gelangt, dass die Anfrage nach einer Zusammenarbeit oder die Durchführung einer Zusammenarbeit die Souveränität, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, die Regelungen der Organisation oder des

Article 11**Clauses d'arbitrage**

1. Les coordonnateurs règlent les litiges à l'amiable. S'il n'est pas possible d'arriver à un consensus, l'affaire est soumise aux autorités nationales d'envoi dont relèvent les agents affectés dans le centre commun.

2. Dans des cas d'une particulière gravité ou revêtant un caractère extraterritorial, les services visés à l'article 2, paragraphe 3 associent immédiatement à leur action les autorités nationales.

Article 12**Responsabilités et protection**

1. La Partie luxembourgeoise accorde aux agents des autres Parties contractantes affectés dans le centre commun la même protection et assistance qu'à ses propres agents.

2. Les dispositions pénales en vigueur dans la Partie luxembourgeoise pour la protection des fonctionnaires dans l'exercice de leurs fonctions sont également applicables aux infractions commises contre les agents des autres Parties contractantes affectés dans le centre commun.

3. En ce qui concerne la responsabilité, en cas de dommages causés par les agents dans le cadre de l'exercice de leur mission, il est fait application des dispositions pertinentes de l'article 43 de la CAAS.

4. Les agents des autres Parties contractantes affectés dans le centre commun peuvent se rendre sur le territoire de la Partie luxembourgeoise et effectuer leur service en portant leur uniforme national ou un signe distinctif apparent, ainsi que leurs armes individuelles de service et tout autre moyen de contrainte autorisé à la seule fin d'assurer, le cas échéant, la légitime défense.

Titre III**Dispositions d'application
et dispositions finales****Article 13****Dispositions
d'application ou de refus**

Chaque Partie contractante peut refuser, en totalité ou en partie, sa coopération ou la soumettre à certaines conditions lorsqu'elle estime que la demande ou la réalisation d'une action de coopération est susceptible de mettre en cause la souveraineté, la sécurité et l'ordre publics, les règles d'organisation ou de fonctionnement de l'autorité judiciaire ou d'autres

Artikel 11**Arbitrageclausules**

1. De coördinatoren beslechten de geschillen in der minne. Wanneer geen consensus kan worden bereikt, wordt de zaak aan de nationale zendoverheden voorgelegd waarvan de ambtenaren die in het gemeenschappelijke centrum zijn tewerkgesteld, afhangen.

2. In bijzonder ernstige gevallen of in gevallen met een grensoverstijgend karakter betrekken de in artikel 2, paragraaf 3 bedoelde diensten onmiddellijk de nationale overheden bij hun actie.

Artikel 12**Aansprakelijkheden en bescherming**

1. De Luxemburgse Partij verleent de in het gemeenschappelijke centrum tewerkgestelde ambtenaren van de andere overeenkomstsluitende Partijen dezelfde bescherming en bijstand als haar eigen ambtenaren.

2. De in de Luxemburgse Partij geldende strafrechtelijke bepalingen voor de bescherming van de ambtenaren tijdens de uitoefening van hun functies zijn eveneens van toepassing op de strafbare feiten die worden gepleegd tegen de in het gemeenschappelijke centrum tewerkgestelde ambtenaren van de andere overeenkomstsluitende Partijen.

3. Wat de aansprakelijkheid betreft in geval van door de ambtenaren tijdens de uitoefening van hun opdracht veroorzaakte schade, worden de relevante bepalingen van artikel 43 van de SUO toegepast.

4. De in het gemeenschappelijke centrum tewerkgestelde ambtenaren van de andere overeenkomstsluitende Partijen kunnen zich op het grondgebied van de Luxemburgse Partij begeven en hun dienst uitvoeren terwijl ze hun nationale uniform of een zichtbaar onderscheidend teken dragen alsook hun individuele dienstwapens en elk ander dwangmiddel dat enkel is toegelaten om eventueel te zorgen voor de wettige verdediging.

Titel III**Toepassingsbepalingen
en slotbepalingen****Artikel 13****Toepassings-
of weigeringsbepalingen**

Elke overeenkomstsluitende Partij kan, geheel of gedeeltelijk, zijn samenwerking weigeren of deze samenwerking aan bepaalde voorwaarden onderwerpen wanneer ze meent dat het verzoek om of het uitvoeren van een samenwerkingsactie de soevereiniteit, de openbare veiligheid in orde, de organisatie- of werkingsregels van de gerechtelijke overheid of van ande-

Betriebs der Justizbehörden oder andere wesentliche Interessen des Staates gefährdet oder gegen ihr innerstaatliches Recht verstößt.

Artikel 14

Aufhebungsbestimmung

Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens treten außer Kraft

die Artikel 3 bis 7 des Abkommens vom 15. Oktober 2001 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg über die Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden und den Zollbehörden in ihren Grenzgebieten.

Artikel 15

Evaluierungsgruppen

Eine aus Vertretern der Vertragsparteien bestehende gemeinsame Arbeitsgruppe prüft auf Ersuchen einer der Vertragsparteien die Durchführung dieses Übereinkommens und stellt die eventuell erforderlichen Ergänzungen oder Aktualisierungen fest.

Artikel 16

Vereinbarungen

Für die Anwendung dieses Übereinkommens können die zuständigen Minister der Vertragsparteien Zusatzvereinbarungen schließen.

Artikel 17

Inkrafttreten

Jede Vertragspartei unterrichtet den Verwahrer, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Übereinkommens erfüllt sind. Der Verwahrer bestätigt diese Notifikation und unterrichtet davon die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens.

Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Eingang der letzten Notifikation in Kraft.

Artikel 18

Kündigung

Dieses Übereinkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann das Übereinkommen durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der schriftlichen Notifikation bei dem Verwahrer wirksam. Sie gilt nur für die Vertragspartei, die das Übereinkommen kündigt. Für die anderen Vertragsparteien bleibt das Übereinkommen in Kraft.

intérêts essentiels de l'Etat ou de violer son droit national.

Article 14

Dispositions abrogatoires

Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, cessent d'être en vigueur:

les articles 3 à 7 de l'Accord du 15 octobre 2001 entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg relatif à la coopération dans leurs zones frontalières entre les autorités de police et les autorités douanières.

Article 15

Groupes d'évaluation

Un groupe de travail commun composé de représentants des Parties contractantes vérifie à la demande d'une des Parties contractantes la mise en œuvre du présent Accord et identifie les compléments ou actualisations éventuellement nécessaires.

Article 16

Protocoles

Pour l'application du présent Accord, les ministres compétents des Parties contractantes peuvent conclure des protocoles complémentaires.

Article 17

Entrée en vigueur

Chaque Partie contractante informe le dépositaire que les conditions nationales de l'entrée en vigueur du présent Accord sont remplies. Le dépositaire confirme cette notification et en informe les autres Parties contractantes au présent Accord.

Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la réception de la dernière notification.

Article 18

Dénonciation

Le présent Accord est conclu pour une durée illimitée. Chaque Partie contractante peut le dénoncer par notification écrite adressée au dépositaire.

La dénonciation prend effet six mois après réception de la notification écrite par le dépositaire. La dénonciation vaut seulement pour la Partie contractante qui est à l'origine de la dénonciation. Le présent Accord reste valable pour les autres Parties contractantes.

re essentiële belangen van de staat op het spel kan zetten of haar nationale recht kan schenden.

Artikel 14

Opheffingsbepalingen

Vanaf de inwerkingtreding van dit Akkoord zijn de volgende artikelen niet meer van toepassing:

de artikelen 3 tot 7 van het Akkoord van 15 oktober 2001 tussen de Regering van de Franse Republiek en de Regering van het Groothertogdom Luxemburg inzake de samenwerking in hun grensgebieden tussen de politiediensten en de douaneadministraties.

Artikel 15

Evaluatiegroepen

Een gemeenschappelijke werkgroep bestaande uit vertegenwoordigers van de overeenkomstsluitende Partijen controleert op verzoek van één van de overeenkomstsluitende Partijen de uitvoering van onderhavig Akkoord en legt vast wat eventueel moet worden aangevuld of geüpdatet.

Artikel 16

Protocollen

Voor de toepassing van onderhavig Akkoord kunnen de bevoegde ministers van de overeenkomstsluitende Partijen bijkomende protocollen sluiten.

Artikel 17

Inwerkingtreding

Elke overeenkomstsluitende Partij informeert de depositaris dat is voldaan aan de nationale voorwaarden van inwerkingtreding van onderhavig Akkoord. De depositaris bevestigt deze kennisgeving en brengt de andere overeenkomstsluitende Partijen van dit Akkoord op de hoogte.

Onderhavig Akkoord treedt in werking op de 1e dag van de tweede maand die volgt op de ontvangst van de laatste kennisgeving.

Artikel 18

Opzegging

Onderhavig Akkoord wordt voor onbeperkte tijd afgesloten. Elke overeenkomstsluitende Partij kan het Akkoord opzeggen via een aan de depositaris gerichte schriftelijke kennisgeving.

De opzegging treedt in werking zes maanden nadat de depositaris de schriftelijke kennisgeving heeft ontvangen. De opzegging geldt uitsluitend voor de overeenkomstsluitende Partij die de opzegging heeft aangevraagd. Onderhavig Akkoord blijft geldig voor de andere overeenkomstsluitende Partijen.

Dieses Übereinkommen tritt außer Kraft, wenn drei Vertragsparteien ihre Kündigung ausgesprochen haben.

Le présent Accord cesse d'être en vigueur lorsque trois Parties contractantes l'ont dénoncé.

Onderhavig Akkoord is niet langer van kracht wanneer drie verdragssluitende Partijen het hebben opgezegd.

Artikel 19

Verwahrer

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt. Sie unterrichtet die anderen Vertragsparteien über das Inkrafttreten sowie etwaige nachträgliche Änderungen des Übereinkommens.

Die Registrierung des Übereinkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten vom Verwahrer veranlasst. Er unterrichtet die anderen Vertragsparteien unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Luxemburg am 24. Oktober 2008 in vier Urschriften in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 19

Dépositaire

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg est désigné comme dépositaire du présent Accord. Il informe les autres Parties contractantes de l'entrée en vigueur ainsi que d'éventuels amendements ultérieurs de l'Accord.

L'enregistrement de l'Accord auprès du Secrétariat des Nations Unies prévu par l'article 102 paragraphe 1 de la Charte des Nations Unies est mis en œuvre immédiatement après son entrée en vigueur par le dépositaire. Celui-ci informe les autres Parties contractantes que l'enregistrement a eu lieu, en mentionnant le numéro de l'enregistrement NU dès que ce dernier a été validé par le Secrétariat des Nations Unies.

Fait à Luxembourg, le 24 octobre 2008, en quatre exemplaires en langues allemande, française et néerlandaise, chacune des versions faisant également foi.

Artikel 19

Depositaris

De Regering van het Groothertogdom Luxemburg wordt aangewezen als depositaris van onderhavig Akkoord. De depositaris brengt de andere overeenkomstsluitende Partijen op de hoogte van de inwerkingtreding en van eventuele latere wijzigingen van het Akkoord.

De depositaris zal onmiddellijk na de inwerkingtreding van het Akkoord instaan voor de registratie van het Akkoord bij het Secretariaat van de Verenigde Naties overeenkomstig artikel 102, 1e paragraaf van het Handvest van de Verenigde Naties. De depositaris brengt de andere overeenkomstsluitende Partijen onmiddellijk van de registratie op de hoogte door vermelding van het VN-registratienummer zodra dit nummer door de Secretariaat van de Verenigde Naties werd gevalideerd.

Opgesteld te Luxemburg op 24 Oktober 2008 in vier exemplaren, in het Duits, het Frans en het Nederlands. Elke versie is eveneens rechtsgeldig.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland

v. Morr
Schäuble

Für die Regierung des Königreichs Belgien
Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique
Voor de Regering van het Koninkrijk België

Patrick Dewael

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Voor de Regering van de Franse Republiek

Michèle Alliot-Marie

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg

Frieden

Denkschrift

I. Allgemeines

Seit Anfang 2003 arbeiten Polizei- und Zollbehörden von Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg in einer Gemeinsamen Stelle in Luxemburg-Stadt auf der Grundlage des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) sowie verschiedener bi- und multilateraler Abkommen zusammen. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind der Informationsaustausch sowie die Unterstützung grenzüberschreitender Ermittlungen und Einsätze. Am 24. Oktober 2008 haben die beteiligten Staaten ein Übereinkommen gezeichnet, um für alle Beteiligten eine einheitliche rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit und damit Rechtsklarheit und -sicherheit zu schaffen. Kernelemente des Übereinkommens sind

- die Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums für die Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg
- die Festlegung der grenzregionalen Zuständigkeiten, Aufgaben und Befugnisse sowie der zuständigen Behörden,
- datenschutzrechtliche Regelungen zur Einrichtung eines gemeinsamen Tagebuchs sowie
- Regelungen zu Organisation, Ausstattung und Aufgaben des Zentrums.

Das Übereinkommen ergänzt die bilateralen völkerrechtlichen Verträge, die Deutschland je gesondert mit Belgien, Frankreich und Luxemburg geschlossen hat. Im Einzelnen sind dies das Abkommen vom 27. März 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden und Zollverwaltungen in den Grenzgebieten (BGBl. 2002 II S. 1532, 1533), das Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten („Mondorfer Abkommen“, BGBl. 1998 II S. 2479, 2480) sowie die Vereinbarung vom 24. Oktober 1995 zwischen dem Bundesminister des Innern der Bundesrepublik Deutschland sowie dem Justizminister und dem Minister der öffentlichen Macht des Großherzogtums Luxemburg über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzgebiet zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg (BGBl. 1996 II S. 1203).

Regelungen zur innerstaatlichen Durchführung des Übereinkommens durch ein Ausführungsgesetz sind nicht erforderlich.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Die Vorschrift richtet das Gemeinsame Zentrum der Polizei- und Zollzusammenarbeit der Vertragsparteien ein und bestimmt das Verhältnis des Übereinkommens zu weiteren völker-, gemeinschafts- und innerstaatlichen Regelungen. Zweck des Gemeinsamen Zentrums sind die Erleichterung der Koordinierung der Aufgabenerfüllung aller Polizei- und Zollbehörden im gemeinsamen Grenzgebiet sowie der Informationsaustausch.

Die geltenden völkerrechtlichen Übereinkünfte und das jeweilige innerstaatliche Recht bleiben bei der Zusammenarbeit der Vertragsparteien nach dem Übereinkommen unberührt. Das Gemeinschaftsrecht, insbesondere das Schengener Durchführungsübereinkommen und das Neapel-II-Übereinkommen zur Polizei- und Zollzusammenarbeit, geht dem Übereinkommen vor. Das gilt auch für mögliche zukünftige Regelungen des Gemeinschaftsrechts, die den Anwendungsbereich des Übereinkommens berühren. Auch bestehende sowie künftige zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien zur strafrechtlichen Zusammenarbeit, insbesondere über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, bleiben durch das Übereinkommen unberührt.

Schließlich lässt das Übereinkommen Regelungen über weitere Gemeinsame Zentren unberührt, die durch das Abkommen vom 9. Oktober 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden in den Grenzgebieten („Mondorfer Abkommen“), durch das Abkommen vom 5. März 2001 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Königreichs Belgien sowie durch die einschlägigen Bestimmungen des Abkommens vom 15. Oktober 2001 zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung des Großherzogtums Luxemburg eingerichtet wurden. Für Deutschland gilt dies mithin im Hinblick auf das Gemeinsame Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift bestimmt Luxemburg als Standort des Gemeinsamen Zentrums und definiert das gemeinsame Grenzgebiet der Vertragsparteien. Letzteres ist nach Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens zugleich der örtliche Zuständigkeitsbereich des Gemeinsamen Zentrums, soweit es die Aufgabenerfüllung der Polizei- und Zollbehörden der Vertragsparteien durch seine Koordinierungsfunktion erleichtert.

Nach Absatz 2 umfasst das gemeinsame Grenzgebiet für Deutschland in Rheinland-Pfalz die Bezirke der Polizeipräsidien Rheinpfalz, Westpfalz und Trier sowie das gesamte Saarland.

Absatz 4 stellt klar, dass das Gemeinsame Zentrum keine eigenständige Behörde ist. Seine Bediensteten bleiben vielmehr auch für die Dauer ihrer Tätigkeit im Gemeinsamen Zentrum Angehörige ihrer Entsendebehörde und unterliegen deren Weisungen. Hinzu tritt eine Weisungsbefugnis des Koordinators, der die verschiedenen Dienststellen seines Staates in dem Gemeinsamen Zentrum vertritt (Artikel 7 Absatz 1 des Übereinkommens). Ferner unterliegen die Bediensteten im Gemeinsamen Zentrum den einschlägigen Regelungen des jeweiligen nationalen Rechts, das für ihre jeweiligen Entsendebehörden gilt. Darüber hinaus dürfen sie in keinem Fall selbständig operative Einsätze durchführen. Diese Regelung unterstreicht, dass das Gemeinsame Zentrum auf eine Dienstleistungsfunktion für die Polizei- und Zollbehörden der Vertragsparteien beschränkt bleibt.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift regelt die Aufgaben und Befugnisse des Zentrums. Gegenstände der Zusammenarbeit sind nach Absatz 1 die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die vorbeugende und die repressive Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Dabei erfolgt die Zusammenarbeit abhängig davon, ob diese Kriminalität die Interessen von zwei oder von mehr Vertragsparteien berührt, bi- oder multilateral. Hieraus ergibt sich ein besonderer polizeifachlicher Mehrwert des Gemeinsamen Zentrums Luxemburg, das das erste in Europa ist, in dem Polizei- und Zollbehörden aus vier benachbarten Staaten zusammenwirken.

Im Bereich des Informationsaustauschs steht das Gemeinsame Zentrum nach Absatz 2 allen mit Polizei- und Zollaufgaben beauftragten Einheiten und Stellen jeder Vertragspartei zur Verfügung. Dies gilt uneingeschränkt für Informationen mit grenzregionalem Bezug. Fehlt es an diesem Bezug, so steht das Gemeinsame Zentrum nur insoweit für den Informationsaustausch zur Verfügung, wie völkerrechtliche Übereinkünfte, das Gemeinschaftsrecht oder das innerstaatliche Recht dies zulassen. Nach § 3 des Bundeskriminalamtgesetzes obliegt der zur Verhütung oder Verfolgung von Straftaten erforderliche Dienstverkehr der Polizeien des Bundes und der Länder mit den Polizei- und Justizbehörden sowie sonstigen insoweit zuständigen öffentlichen Stellen anderer Staaten grundsätzlich dem Bundeskriminalamt. Dies gilt jedoch nicht für den Dienstverkehr der Polizeien der Länder mit den zuständigen Behörden der Nachbarstaaten und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, soweit dieser sich auf Kriminalität von regionaler Bedeutung im Grenzgebiet bezieht oder soweit Gefahr im Verzug ist. Ein solcher unmittelbarer Informationsaustausch im Gemeinsamen Zentrum Luxemburg ist danach unter diesen Voraussetzungen zulässig. Die Länder unterrichten das Bundeskriminalamt unverzüglich über solchen unmittelbaren Dienstverkehr. Ferner können bei abgrenzbaren Fallgestaltungen im Rahmen regionaler Schwerpunktmaßnahmen die Polizeien der Länder im Einvernehmen mit dem Bundeskriminalamt den erforderlichen Dienstverkehr mit den zuständigen Behörden anderer Staaten selbst und damit auch im Gemeinsamen Zentrum Luxemburg führen. Das Bundeskriminalamt beteiligt sich nach Artikel 2 Absatz 3 des Übereinkommens an dem Zentrum nur bei Bedarf.

Darüber hinaus erfüllt das Gemeinsame Zentrum nach Absatz 3 Unterstützungsaufgaben bei der Vorbereitung und der Koordinierung von punktuellen Einsatzmaßnahmen, bei grenzüberschreitenden Observations- und Nacheilehandlungen sowie bei der Überstellung von sich illegal aufhaltenden Ausländern.

Zu Artikel 4

Die Vorschrift schafft in Absatz 1 die Grundlage für die Einrichtung einer gemeinsamen Datei der Entsendebehörden (Artikel 2 Absatz 4 Satz 2 des Übereinkommens) im Gemeinsamen Zentrum. In dieser Datei können nach Maßgabe der weiteren Voraussetzungen insbesondere personenbezogene Daten gespeichert werden. Die folgenden Absätze gewährleisten den erforderlichen Datenschutz. Danach ist gewährleistet, dass das Datenschutzniveau zumindest dem entspricht, was sich aus dem Europarats-Übereinkommen vom 28. Januar 1981

zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538, 539), dem Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zu jenem Übereinkommen betreffend Kontrollstellen und grenzüberschreitenden Datenverkehr (BGBl. 2002 II S. 1882, 1887) und den Grundsätzen der Empfehlung R (87) 15 des Ministerkomitees des Europarats vom 17. September 1987 über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich ergibt (Absatz 8). Die gemeinsame Datei unterliegt der datenschutzrechtlichen Kontrolle der nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zuständigen Behörden (Absatz 6). In Deutschland sind dies für die Bundespolizei und die Bundeszollverwaltung der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, für die Landespolizei Rheinland-Pfalz der Landesbeauftragte für den Datenschutz Rheinland-Pfalz und für die Landespolizei des Saarlandes der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Saarland. Wegen weiterer Datenschutzregelungen verweist Absatz 7 auf die einschlägigen Regelungen des Schengener Durchführungsübereinkommens. Aus dessen Artikel 116, auf den ebenfalls verwiesen wird, kann sich ein Schadensersatzanspruch des Betroffenen ergeben. Hierbei handelt es sich mithin um eine Regelung zur Staatshaftung, die das Zustimmungserfordernis des Bundesrates zu dem vorliegenden Gesetzentwurf nach Artikel 74 Absatz 2, 1 Nummer 25 des Grundgesetzes begründet.

Zu Artikel 5

Die Vorschrift verpflichtet die Regierung des Großherzogtums Luxemburg, die erforderlichen Maßnahmen zur Datensicherheit im Gemeinsamen Zentrum zu treffen. Diese entsprechen denjenigen nach der Anlage zu § 9 Satz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes.

Zu Artikel 6

Die gemeinsame Datei nach Artikel 4 bedarf nach Artikel 6 einer Zusatzvereinbarung nach Artikel 16 des Übereinkommens im Sinne einer Errichtungsanordnung.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift verpflichtet jede Vertragspartei, einen Koordinator zu bestimmen, der die verschiedenen Dienststellen seines Staates in dem Gemeinsamen Zentrum vertritt (Absatz 1). Diese Vertretung umfasst damit nicht nur die Entsendebehörden, sondern auch solche Behörden, die sich nur bei Bedarf am gemeinsamen Zentrum beteiligen. Der Koordinator ist gegenüber allen Bediensteten seiner Vertragspartei im Gemeinsamen Zentrum weisungsbefugt.

In den Räumen, die zu ihrem ausschließlichen Gebrauch bestimmt sind, haben die Bediensteten jeder einzelnen Vertragspartei das Recht, für die Einhaltung der Disziplin zu sorgen (Hausrecht). Zu dessen Durchsetzung können sie bei Bedarf die Unterstützung der Bediensteten der anderen Vertragsparteien anfordern und haben grundsätzlich einen Anspruch darauf, dass diese Unterstützung auch gewährt wird.

Die Koordinatoren regeln den Dienst im Gemeinsamen Zentrum im gegenseitigen Einvernehmen. Die technischen Einzelheiten werden durch eine einvernehmlich von den Koordinatoren zu erlassende Dienstvorschrift

geregelt. Dazu gehören insbesondere die Öffnungszeiten des Zentrums.

Zu Artikel 8

Die Vorschrift regelt die Aktenhaltung im Gemeinsamen Zentrum. Diese erfolgt getrennt nach Entsendebehörden und nach Maßgabe deren jeweiliger Bestimmungen. Jeder Koordinator ist für die sichere Verwahrung der Akten verantwortlich.

Zu Artikel 9

Die Vorschrift verpflichtet die Regierung des Großherzogtums Luxemburg zur unentgeltlichen und betriebsfähigen Bereitstellung der Räumlichkeiten des Gemeinsamen Zentrums. Sie hat auch die Betriebskosten und die Kosten für die laufende Unterhaltung der Räumlichkeiten zu tragen. Die spezifische Ausstattung der Entsendebehörden sowie die persönliche Ausstattung der Bediensteten obliegt dagegen jeder Vertragspartei selbst.

Zu Artikel 10

Die Vorschrift sieht eine Zusatzvereinbarung der Vertragsparteien nach Artikel 16 des Übereinkommens für die Verteilung der laufenden Kosten vor, die beim Betrieb des Gemeinsamen Zentrums entstehen. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg streckt die erforderlichen Ausgaben zunächst vor. Es erfolgt dann eine jährliche Abrechnung nach Maßgabe der Zusatzvereinbarung.

Ausgenommen von dieser Regelung bleiben Kosten für die Ausstattung, die einer Vertragspartei gehört. Dazu zählen insbesondere Kosten für Reparatur und Ersatzbeschaffung. Diese Kosten werden von der jeweiligen Vertragspartei allein getragen.

Bevor eine Vertragspartei die Zahl ihrer Bediensteten im Gemeinsamen Zentrum in erheblichem Umfang erhöht, ist sie verpflichtet, die Stellungnahme der übrigen Vertragsparteien einzuholen. Dabei ist anzustreben, die Zusatzvereinbarung über die Verteilung der laufenden Kosten entsprechend anzupassen. Im Übrigen trifft das Übereinkommen keine Regelung über die Zahl der Bediensteten, die die Vertragsparteien zu entsenden haben. Erforderlich ist aber die Entsendung von so vielen Bediensteten jeder Entsendebehörde an das Gemeinsame Zentrum, dass dessen ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gewährleistet ist.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift regelt die Beilegung von Streitigkeiten, die grundsätzlich den Koordinatoren und nur im Bedarfsfall den Entsendebehörden obliegt.

Zu Artikel 12

Die Vorschrift verpflichtet die Regierung des Großherzogtums Luxemburg, den im Gemeinsamen Zentrum

beschäftigten Bediensteten der übrigen Vertragsparteien Schutz zu gewähren. Für die Haftung der Vertragsparteien untereinander verweist die Vorschrift auf Artikel 43 des Schengener Durchführungsübereinkommens. Die Bediensteten der übrigen Vertragsparteien sind nach Maßgabe der Vorschrift berechtigt, ihre nationale Dienstkleidung sowie sichtbare Kennzeichen, insbesondere Hoheitszeichen, zu tragen. Dienstwaffen und jedes andere nach Maßgabe des nationalen Rechts zugelassene Zwangsmittel dürfen ebenfalls mitgeführt, aber nur zur Notwehr gebraucht werden.

Zu Artikel 13

Die Vorschrift gestattet jeder Vertragspartei, die Zusammenarbeit ganz oder teilweise abzulehnen oder sie von Bedingungen abhängig zu machen, soweit dies zum Schutz von im Einzelnen genannten Interessen, insbesondere zum Schutz des *ordre public*, geboten ist.

Zu Artikel 14

Die Vorschrift hebt völkervertragsrechtliche Regelungen im bilateralen Verhältnis zwischen der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg auf.

Zu Artikel 15

Die Vorschrift bestimmt eine Evaluierung des Gemeinsamen Zentrums durch eine Arbeitsgruppe von Vertretern der Vertragsparteien, wenn eine Vertragspartei darum ersucht. Im Rahmen einer solchen Evaluierung besteht insbesondere Gelegenheit, solche Petita erneut zu prüfen, die einzelne Vertragsparteien im Zuge der Verhandlungen über das Übereinkommen im Sinne einer Einigung vorläufig zurückgestellt hatten.

Zu Artikel 16

Die Vorschrift schafft die Möglichkeit von Zusatzvereinbarungen, die das Übereinkommen ergänzen. Solche Zusatzvereinbarungen sieht das Übereinkommen selbst in seinen Artikeln 6 (Errichtungsanordnung) und 10 (Teilung der laufenden Kosten) vor.

Zu Artikel 17

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Übereinkommens.

Zu Artikel 18

Die Vorschrift stellt das Recht jeder Vertragspartei zur Kündigung dieses Übereinkommens klar und trifft für diesen Fall weitere Regelungen.

Zu Artikel 19

Die Vorschrift bestimmt die Regierung des Großherzogtums Luxemburg zum Verwahrer des Übereinkommens und regelt dessen Registrierung beim Sekretariat der Vereinten Nationen.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKR-Gesetz:

NKR-Nr. 1083: Entwurf für ein Gesetz zu dem Übereinkommen vom 24. Oktober 2008 zwischen der Regierung des Großherzogtums Luxemburg, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Einrichtung und zum Betrieb eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit im gemeinsamen Grenzgebiet

Der Nationale Normenkontrollrat hat das oben genannte Regelungsvorhaben auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit dem Regelungsvorhaben werden für die Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger keine Informationspflichten eingeführt, geändert oder aufgehoben. Für die Verwaltung werden zwölf Informationspflichten eingeführt.

Der Nationale Normenkontrollrat hat daher im Rahmen seines gesetzlichen Prüfungsauftrages keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Bachmaier
Berichterstatler